Bezalel Smotrich: Vom Randaktivisten zum einflussreichen Koalitionspolitiker

Im Vorfeld der israelischen Parlamentswahlen, die am 27. Oktober 2026 stattfinden werden, stellt FokusIsrael.ch die wichtigsten politischen Persönlichkeiten des Landes vor. Hier: Bezalel Smotrich von der Religiös-Zionistischen Partei.

Von Jan Kapusnak

Bezalel Smotrich steht zwar nicht an der Spitze einer grossen Partei, doch nur wenige Minister in Netanjahus Regierung haben einen so weitreichenden Einfluss auf die politische Zukunft Israels ausgeübt. Lange bevor er 2015 in die Knesset einzog, war er ein Aktivist, der vom radikalen Flügel der religiös-zionistischen Bewegung geprägt wurde, und diese Ideologie bestimmt nach wie vor seine politische Laufbahn.

Seit 2019 steht Smotrich an der Spitze der Religiös-Zionistischen Partei (RZP), die einen kompromisslosen Nationalismus mit religiösem und sozialem Konservatismus verbindet, die Stärkung der jüdischen Identität und des jüdischen Charakters Israels anstrebt, sich gegen einen palästinensischen Staat ausspricht und die Vision eines „Gross-Israel“ durch den fortgesetzten Ausbau der Siedlungen unterstützt.

Religiöser Zionismus[1] hat nie eine dominierende und beständige Partei hervorgebracht; seine rechtskonservativeren Fraktionen haben sich wiederholt gespalten, zusammengeschlossen, ihren Namen geändert und kurzlebige Bündnisse geschlossen. Inmitten der politischen Krise Israels und der wiederholten Wahlen ab 2019 übte Netanjahu Druck auf diese Parteien aus, gemeinsam anzutreten, damit ihre Stimmen nicht unterhalb der Wahlhürde von 3,25 % verloren gingen. Damit legitimierte er Kräfte, die einst als jenseits der Grenzen einer akzeptablen Regierungsbeteiligung galten, allen voran „Otzma Yehudit“ aufgrund ihrer kahanistischen Wurzeln.

Diese Strategie zahlte sich im Jahr 2022 aus, als die gemeinsame Liste von RZP, Otzma Yehudit und Noam 14 Sitze errang, bevor sie sich wieder aufspaltete. Netanjahu kehrte während seines Gerichtsverfahrens an die Macht zurück, während Smotrich und seine Verbündeten Einfluss weit über ihre individuelle Stärke hinaus gewannen. Da Netanjahu auf jeden Koalitionssitz angewiesen war, konnten sie das Fortbestehen der Regierung gefährden. Smotrich nutzte diesen Hebel, um sich trotz seiner begrenzten wirtschaftlichen Erfahrung das Finanzministerium sowie weitreichende Befugnisse über die Zivilpolitik im Westjordanland zu sichern.

Smotrich trat sein Amt mit einer Rhetorik an, die ebenso sehr von der Religion wie

von konventioneller Politik geprägt war. Unter Berufung auf das Buch Levitikus argumentierte er, Israel habe den Kapitalismus und den Sozialismus ausprobiert, jedoch keine auf göttlichem Segen basierende Wirtschaft: „Wenn wir uns an die Tora halten“, sagte er, werde Wohlstand folgen. Seine erste Amtszeit wurde von der Justizreform überschattet, von der Ökonomen und Wirtschaftsführer – insbesondere aus Israels Technologie- und Start-up-Sektor – warnten, dass sie das Vertrauen der Investoren untergrabe.

Die Kriege, die auf das Massaker vom 7. Oktober folgten, führten zu sprunghaft steigenden Militärausgaben, einem schwächeren Wachstum und einem wachsenden Defizit; dennoch weigerte sich Smotrich, die für religiöse Gemeinschaften vorgesehenen Mittel der Koalition zu kürzen. Die Bank von Israel drängte ihn, diese Mittel für den Krieg und den Wiederaufbau umzuwidmen. In der Folge kam es in Israel zu beispiellosen Herabstufungen der Bonität, die vor allem auf den anhaltenden Konflikt und die sich verschlechternden öffentlichen Finanzen zurückzuführen waren.

Die Staatsverschuldung ist von rund 60 auf 70 Prozent gestiegen, und die Zentralbank hat darauf hingewiesen, dass die nächste Regierung diese eindämmen und verstärkt in Bildung und Infrastruktur investieren muss. Dennoch hat sich die israelische Wirtschaft als widerstandsfähig erwiesen: Die Bank of Israel prognostiziert für das Jahr 2026 ein Wachstum von 4 Prozent, eine Inflationsrate von 1,8 Prozent und eine Arbeitslosenquote von knapp 3 Prozent. Der Aufschwung ist eher dem israelischen Privatsektor, der Glaubwürdigkeit der Geldpolitik und der Entspannung der Lage zu verdanken als einer spezifischen „Smotrich-Doktrin“.

Kaum ein Thema spaltet die israelische Gesellschaft stärker als der ungleiche Wehrdienst, insbesondere da viele ultraorthodoxe Männer weiterhin davon befreit sind und einige Haredi-Führer offen gegen die IDF hetzen. Smotrichs Haltung ist von Heuchelei geprägt. Er schob seine Einberufung jahrelang hinaus, trat erst mit 28 Jahren in die IDF ein und leistete 14 Monate Dienst, grösstenteils in einer Verwaltungsfunktion. Im Jahr 2017 forderte er unter der Überschrift „Rettet die IDF – meldet euch nicht zum Dienst“ religiöse Studenten auf , ihre Einberufung aus Protest gegen den gemischten Dienst zu verschieben, den er als „verzerrtes und gefährliches Wertesystem“ bezeichnete. Er hat sich gegen den Einsatz von Frauen in Kampfrollen ausgesprochen und erklärt, er werde seine Tochter dazu erziehen, nicht in den Dienst zu treten, da „die Vermischung von Männern und Frauen in Panzern meiner Ansicht nach eine Wahnvorstellung ist“.

Angesichts eines gravierenden Arbeitskräftemangels in Kriegszeiten forderte Smotrich eine stärkere Einberufung von Haredim, vermied dabei jedoch Massnahmen, die eine solche Einberufung erzwingen würden. Während des Haushaltsstreits im Jahr 2026 sprach er sich dagegen aus, die Verabschiedung des Haushalts von einem Gesetz zur Wehrdienstbefreiung abhängig zu machen, unterstützte jedoch weiterhin eine Koalition, die Zwangsmassnahmen wiederholt hinauszögerte und am 14. Juli 2026 ein Gesetz verabschiedete, das Wehrdienstverweigerer aus der Haredi-Gemeinschaft vorübergehend vor Festnahme und Strafverfolgung schützte.

Während des Gaza-Kriegs stellte Smotrich die Generäle in Frage, obwohl er nur über begrenzte militärische Erfahrung verfügte, und forderte eine umfassendere Offensive sowie eine dauerhafte israelische Kontrolle über den Gazastreifen. Er machte die Führung der IDF für die Ereignisse vom 7. Oktober verantwortlich und erklärte dem Generalstabschef Herzi Halevi: „Wir sind nicht diejenigen, die am 6. Oktober eingeschlafen sind.“ Halevi übernahm die Verantwortung und trat vor Ablauf seiner Amtszeit zurück; Smotrich, ein Mitglied der Regierung, die Israels Politik vor dem Krieg geprägt hatte, tat weder das eine noch das andere.

Er ordnete die Geiseln diesen Zielen unter und erklärte, man dürfe sie nicht „um jeden Preis“ freilassen, und später, dass „die Freilassung der Geiseln nicht das Wichtigste sei“. Er lehnte Vereinbarungen ab, die einen Waffenstillstand vorsahen, und im Jahr 2024 erklärte Smotrich, es könne „gerechtfertigt und moralisch vertretbar“ sein, zwei Millionen Menschen im Gazastreifen verhungern zu lassen, bis die Geiseln freigelassen würden – auch wenn „niemand“ auf der Welt dies zulassen würde. Doch nachdem im Oktober 2025 alle noch lebenden Geiseln zurückgekehrt waren, behauptete Smotrich, seine Ablehnung von Teilvereinbarungen und sein Beharren auf militärischem Druck hätten deren Freilassung gesichert. Ehemalige Geiseln argumentierten hingegen, dass seine Blockadehaltung ihre Gefangenschaft möglicherweise verlängert und Menschenleben gekostet habe.

Netanjahu schuf für Smotrich einen speziellen Ministerposten innerhalb des Verteidigungsministeriums und übertrug ihm die Zuständigkeit für die zivile Politik im Westjordanland, einschliesslich Planung, Bau und Legalisierung von Aussenposten. Smotrich hat diese Befugnisse genutzt, um Siedlungen auszubauen und seinen 2017 in *„Hashiloach“* veröffentlichten politischen Aufsatz „Entscheidender Plan“ voranzutreiben. Darin forderte er die vollständige israelische Souveränität über das Westjordanland, das Ende der palästinensischen Nationalbestrebungen sowie drei Optionen für die Palästinenser: die israelische

Herrschaft zu akzeptieren, auszuwandern oder den Widerstand fortzusetzen und besiegt zu werden. Seitdem setzt sich Smotrich für die Auflösung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die Abkehr vom Oslo-Abkommen ein.

Smotrich unterstützt die Justizreform, während sein Parteikollege Simcha Rothman einer ihrer Hauptarchitekten war. Ihre Feindseligkeit gegenüber dem Obersten Gerichtshof spiegelt dessen Rolle bei der Blockade von Teilen ihrer Agenda wider, darunter den Ausbau der Siedlungen und Versuche, nicht genehmigte Bauvorhaben zu legalisieren. Zu ihren Vorschlägen gehört eine Übersteuerungsklausel, die es einer Mehrheit in der Knesset ermöglicht, vom Obersten Gerichtshof für verfassungswidrig erklärte Gesetze erneut in Kraft zu setzen. Smotrich hat argumentiert, dass „wir nicht an der Macht sind“, wenn man den Obersten Gerichtshof nicht einschränkt.

Seine Rhetorik war offen rassistisch und hat dazu beigetragen, Israels internationales Ansehen zu schädigen. In einer historisch verzerrten Darstellung erklärte er arabischen Abgeordneten, diese seien nur deshalb noch in Israel, weil Ben-Gurion es 1948 versäumt habe,„die Sache zu Ende zu bringen“. Nachdem jüdische Extremisten im Jahr 2023 das palästinensische Dorf Huwara verwüstet hatten, erklärte er, es solle „ausgelöscht“ werden – und zwar durch den „Staat“, nicht durch Privatpersonen. Obwohl er vereinzelte Angriffe gelegentlich verurteilt hat, hat er wenig unternommen, um die Gewalt jüdischer Extremisten einzudämmen, und diese oft heruntergespielt. Mehrere westliche Regierungen verhängten später Sanktionen gegen ihn wegen Anstiftung zur Gewalt gegen Palästinenser.

Smotrich strebt danach, den religiösen Einfluss auf das öffentliche Leben und das Bildungswesen in Israel zu stärken. Er hat das reformierte Judentum als „Scheinreligion“ bezeichnet und säkulare Schulen als Einrichtungen dargestellt, die „oberflächliche und verwirrte Kinder“ hervorbringen, die von ihrer jüdischen Identität losgelöst sind. Sein Misstrauen erstreckt sich auch auf die Wissenschaft: Im Jahr 2017 tat er die Urknalltheorie als „Wahnvorstellung“ ab und behauptete fälschlicherweise, Darwins Theorie und die Evolution würden von der Wissenschaft nicht mehr akzeptiert.

Seine Haltung in Bezug auf LGBT-Rechte ist ebenso konsequent. Im Jahr 2006 half er bei der Organisation der Anti-Pride-Veranstaltung „Beast Parade“, bei der Ziegen und Esel Homosexualität als abartig darstellten. Im Jahr 2023 wurde er mit den Worten aufgezeichnet: „Ich werde Schwule nicht steinigen, und Sie werden mich

nicht zwingen, Garnelen zu essen“, während er sich sarkastisch selbst als „Homophob, Rassist [und] Faschist“ bezeichnete.

Smotrich geht in einer prekären Lage in die Wahl. Seine Partei lag in Umfragen häufig unter der israelischen Wahlhürde von 3,25 Prozent, was den Druck auf ein erneutes Bündnis mit Ben-Gvir erhöht, um eine Verschwendung von Stimmen aus dem rechten Lager zu vermeiden. Netanjahu unterstützt eine solche erneute Zusammenarbeit, doch Ben-Gvir hat sich dagegen gewehrt. Auch ausserhalb des Netanjahu-Blocks hat Smotrich nur wenige Optionen. Führende Oppositionspolitiker, darunter Gadi Eisenkot, haben eine Regierungsbeteiligung mit ihm ausgeschlossen, während Naftali Bennett sich weniger kategorisch geäussert hat.

Weitere Profile:

Benjamin Netanjahu: Vom Strippenzieher zur Marionette – doch noch nicht besiegt – FokusIsrael

---

[1] Der religiöse Zionismus ist als Strömung des Zionismus politisch vielfältig und hat auch pragmatische und pro-demokratische Strömungen hervorgebracht, wie beispielsweise die ehemalige Nationalreligiöse Partei und die linksgerichtete Meimad. An seinem rechtsextremen Flügel stehen die RZP und Otzma Yehudit, wobei letztere ihre Wurzeln in der verbotenen kahanistischen Bewegung hat.

---

[i] Jan Kapusnak ist Politologe und Autor. Er lebt in Tel Aviv.